

Die Antisemitismusbeauftragte
 des Landes Nordrhein-Westfalen
 Horionplatz 1
 40213 Düsseldorf

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Maßnahme:	
-----------	--

1. Antragstellerin/Antragsteller		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße und Hausnummer	
	Postleitzahl und Ort	
Kontaktdaten:	DE-Mail-Adresse	E-Mail-Adresse
	Telefon	Telefax
Handels-/Vereinsregister und Steuernummer	HR-/VR-Nummer	USt-ID-/Steuernummer
Website:		
Bankverbindung:	IBAN	
	BIC	
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

2. Vertretungsberechtigte/Vertretungsberechtigter		
Name/Bezeichnung:		
Funktion/Vertretungsart:		
Anschrift:	Straße und Hausnummer	
	Postleitzahl und Ort	
Kontaktdaten:	DE-Mail-Adresse	E-Mail-Adresse
	Telefon	Telefax

3. Ansprechpartnerin/Ansprechpartner		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße und Hausnummer	
	Postleitzahl und Ort	
Kontaktdaten:	DE-Mail-Adresse	E-Mail-Adresse
	Telefon	Telefax

4. Maßnahme	
Kurzbeschreibung der Maßnahme:	
Durchführungszeitraum	von/bis

5. Aufstellung der Gesamtausgaben

1. Personal

(soweit nicht über Werkverträge abgerechnet)

Lfd. Nr.	Beschreibung der Aufgaben des Personals/ Berechnungsgrundlagen	Anzahl	EUR

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

(z. B. Werkverträge/Beschaffungen/Öffentlichkeitsarbeit/Anmietungen....)

Lfd. Nr.	Beschreibung der Sachausgaben/ Berechnungsgrundlagen	Anzahl	EUR

3. Fiktive Ausgaben in Form von bürgerschaftlichem Engagement auf der Grundlage der entsprechenden Richtlinie des Ministerpräsidenten

Lfd. Nr.	Beschreibung der wahrzunehmenden Aufgaben	Anzahl d. Stunden	EUR

6. Finanzierungsplan

1. Leistungen Privater Dritter (ohne öffentliche Förderung)

Lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Anzahl	EUR

2. bewilligte/beantragte öffentliche Förderung durch

Lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Anzahl	EUR

3. Eigenmittel

Lfd. Nr.	Eigenmittel	Anzahl d. Stunden	EUR

Gesamtausgaben (lt. Kostenplan)		EUR
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	-	EUR
Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	EUR
beantragte Zuwendung der Antisemitismusbeauftragten	-	EUR
beantragte/bewilligte sonstige öffentliche Förderungen	-	EUR
Eigenanteil	=	EUR

7. Beschreibung der Maßnahme

(weitere Ausführungen ggf. auf einem gesonderten Blatt bzw. einer gesonderten Datei)

8. Erklärungen

Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass

(1) mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

(2) sie/er zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt ist,

berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3) berücksichtigt hat (Ausgaben ohne Umsatzsteuer),

(3) die Maßnahme innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen, in den Vertretungen des Landes beim Bund oder bei der Europäischen Union oder im Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel durchgeführt werden,

(4) die erweiterte Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

anerkannt wird,

(5) keine Organisationen finanziell gefördert werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, sowie keine Projekte finanziell zu fördern, die zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung aktiv unterstützen (vgl. Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 20. September 2018, Drucksache 17/3577),

(6) die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind und dass insbesondere alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden,

(7) die beantragte Maßnahme bis zum Ende des jeweiligen Antragjahres abgeschlossen sein wird und

(8) unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung- die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

9. Datenschutz

Ich, der/die Antragsteller/in, nehme zur Kenntnis, dass Daten, die ich in diesem Antrag und während der Bearbeitung des Förderprojekts der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen mitteile, zur Entscheidung über den Förderantrag und die spätere Bearbeitung des Förderprojektes erforderlich sind. Sie werden zu diesem Zwecke gespeichert. Diese Daten werden im erforderlichen Umfang an Fachreferate im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, andere Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen einschließlich der Bezirksregierungen sowie zuständige Bundes- oder Kommunalbehörden (s. Nr. 5 der Anlage) und ggf. an den Landesrechnungshof weitergegeben, soweit dies für die Bearbeitung oder im Rahmen eines Fördercontrollings bzw. einer Prüfung erforderlich ist.

Die Datenverarbeitung beruht auf Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO in Verbindung mit § 3 DSG NRW, dem jährlichen Haushaltsgesetz und den jeweiligen Fördererlassen. Die weitergehenden Informationen zu meinen Rechten als Betroffene/r (s. Anlage), habe ich zur Kenntnis genommen.

10. Anlagen

- Satzung
- Auszug aus dem Vereins- bzw. Handelsregister
- Körperschaftsteuerbescheid
- Behördliche Genehmigungen
- Zeichnungsbefugnis
- .
- .
- .

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Vor- und Nachname in Blockschrift